



Keupers

kritischer

Kommentar

03-02-2017

März 2017

## Für die hart arbeitenden Menschen.

Seitdem der Kanzlerkandidat der SPD, Martin Schulz, verkündigt hat, dass er als Kanzler die Schrödersche Agenda 2010 reformieren will, laufen erwartungsgemäß die Politiker aus den Reihen der CDU/CSU Sturm dagegen, und auch die Vertreter der Wirtschaftsverbände, der großen Wirtschafts- und Finanzunternehmen, sowie die führenden konservativ ausgerichteten Ökonomen prophezeien unisono einen Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft, einen Anstieg der Arbeitslosigkeit, ein Ende des Wohlstandes in unserem Lande. Anders bei der Bevölkerung, bei den Wählerinnen und Wählern, denn die sind begeistert! Begeistert, dass endlich mal ein Politiker davon spricht, diese Sozialreform aus der Zeit vor fast 15 Jahren, den heutigen Erfordernissen entsprechend anzupassen, gegen die um sich greifenden Ungleichheiten in der Gesellschaft angehen zu wollen. Schlagartig sind die Umfragewerte der Meinungsforschungsinstitute für die Sozialdemokraten gestiegen, so das man sagen kann, die Leute wollen eine andere Politik, als die herrschende alternative, extrem marktorientierte Wirtschaftspolitik unter der Kanzlerschaft von Frau Angela Merkel.

Doch sagt Martin Schulz, dass die Agendapolitik der Jahre 2003/2005 rundum falsch wäre? War sie damals nicht dem vorherrschenden Zeitgeist, den damaligen wirtschaftlichen unstablen Situationen geschuldet, bei der sich seinerzeit schon einige Ungereimtheiten abzeichneten, welche Bundestagsabgeordnete der SPD zu der Aussage nötigte: „Da haben wir wohl mit einer zu heißen Nadel gestrickt!“

Doch sei, wie es sei, es herrscht bis jetzt die Meinung vor, dass diese Agenda 2010 Deutschland Wirtschaftswachstum und Wohlstand gebracht hätte, obgleich namhafte Wirtschaftswissenschaftler das schon viele Jahre etwas anders sehen, dass der Aufschwung ganz andere Ursachen, ganz andere Hintergründe habe.

### **Die Agenda 2010 und das neoliberale Denken.**

Die Agenda 2010 entsprach dem damaligen vorherrschenden Wirtschaftsdenken des Neoliberalismus, welches in den 70er bis Ende der 90er Jahre ein Umdenken in der Wirtschaftspolitik beinhaltete, und dem die Führungskräfte der SPD meinten sich anschließen zu müssen, um regierungsfähig zu erscheinen.

Doch der Zusammenbruch der Finanzmärkte in den Jahren 2008/2009 markiert eine

grundlegende Krise des neoliberalen Wirtschaftskonzeptes. Die Prämisse des Neoliberalismus geht davon aus, dass die freien und unregulierten Märkte sich automatisch selbst korrigieren können und Fehlentwicklungen verhindern, dass nur der freie Markt ein individuelles freies Leben ermöglicht. Doch wenn wir die Finanz- und spätere Wirtschaftskrise am Ende des vergangenen Jahrzehnts betrachten und erkennen, dass diese Krise durch fehlerhaftes marktwirtschaftliches Agieren ausgelöst wurde, und der Staat durch massive Interventionen das Schlimmste verhinderte, und dabei genötigt war den Sozialstaat abzubauen und seine Ausgaben für die öffentliche Hand einzuschränken, dann kann man nur zu dem Schluss kommen, dass der Neoliberalismus sich selbst erledigt hat, dass der Neoliberalismus gescheitert ist, da seine Prämisse, dass der Markt sich selbst korrigiert ad absurdum geführt wurde!

### **Die Agenda 2010 muss neu austariert werden.**

Wenn aber das so ist, dann muss man aber auch über die Agenda 2010 neu nachdenken dürfen, sie neu austarieren. Und es ist auch klar, dass in den 12 bis 14 Jahren ihres Bestehens, an dieser Sozialreform die eine oder andere Stellschraube neu justiert, die Sozialreform der Zeitentwicklung angepasst werden muss.

Diese notwendigen Korrekturen will Martin Schulz in Angriff nehmen, wenn er durch das Votum der Wählerinnen und Wähler bei der Bundestagswahl am 24. September dazu in die Lage versetzt wird. Soziale Härten will er abbauen und das Fördern im Stadium der Arbeitslosigkeit stärken und mehr in den Vordergrund stellen. Da braucht die Wirtschaft nicht gleich in Panik zu verfallen und einem Kotau der SPD erwarten. Aber auch in anderen Bereichen, wie bei der Lohnentwicklung, wie bei der Förderung junger Menschen in der Berufsausbildung oder beim Studium, alles entsprechende Forderungen von Martin Schulz, sollten die Wirtschaft und auch die christlichen Demokraten einmal darüber nachdenken, um dann mitzuziehen, denn wenn wir den Menschen im Lande die Angst nehmen vor der Zukunft, dann brauchen diese nicht der Demokratie den Rücken kehren, dann bleibt Freiheit und die demokratischen Grundregeln die Maxime, das Fundament in unserer Zivilgesellschaft. Davon profitieren auch die Wirtschafts- und Finanzmarktunternehmen. Darum, Leistung muss sich, das betont Martin Schulz immer wieder, auch für die hart arbeitenden Menschen in Deutschland wieder lohnen!

In diesem Sinne,

Wörrstadt, den 15. März 2017

Heinrich Keuper